

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 03 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, trifft Feststellungen zur Deutschlandpolitik (I): Erfassungsstelle in Salzgitter überholt und sinnlos.

Seite 1

Dr. Dieter Spörl MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Steuern beim Parteivorstand der SPD, kommentiert die Forderung der Rechtskoalition nach dem Familiensplitting: Rückschritt für die Familien.

Seite 3

Eckart Kühlwein MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, begründet die Notwendigkeit des Schulbau-Instituts: Albrechts Ablehnung schädlich.

Seite 5

Dokumentation

Sozialdemokratische Regierungschefs und Parteivorsitzende Europas fordern in einer gemeinsamen Erklärung: Den demokratischen Prozeß in Nicaragua unterstützen.

Seite 7

39. Jahrgang / 56

20. März 1984

Zur Deutschlandpolitik (I)

Beziehungen zur DDR verbessern: Erfassungsstelle Salzgitter abschaffen

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Versuch, die Deutschlandpolitik wie einen Amtsgerichtsprozeß zum Erfolg zu bringen, war schon zu Beginn der 70er Jahre endgültig gescheitert. Kann es auf Dauer angehen, die von uns mißbilligte Andersartigkeit der Staatspraxis in der DDR durch unsere Staatsanwälte und Strafrichter verfolgen zu lassen?

Mir scheint, wir haben im Übergang zu einem konsequent politischen Bemühen um Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten wie um Verbesserung der Verhältnisse in der DDR im Bereich unseres Strafrechts noch einiges zu überdenken und zu korrigieren.

Das gilt besonders für jene Zentralstelle in Salzgitter: Sie hat nur für sehr wenige Verurteilungen sorgen können, und auch die beruhten zum Teil auf Informationen, die die DDR selbst den Beschuldigten nach unerlaubtem Überwechseln in die Bundesrepublik nachgeliefert hat. Die Effizienz ist insofern durchaus bescheiden. Weiterhin wirkt aber



diese Einrichtung als institutionalisierte Drohung in die DDR hinein. So wird sie dort verstanden und von der dortigen Führung auch propagandistisch genutzt.

Unter Entstellung der wirklichen Ziele und Grenzen unseres Strafrechts werden die im Grenzbereich Tätigen davor gewarnt, die Gelegenheit zum Übertritt in die Bundesrepublik zu nutzen, weil hier auf sie der Staatsanwalt wartet.

Ich bezweifle, daß das auf Dauer erträglich ist, und ich bezweifle auch, daß diese Stelle noch notwendig oder auch nur sinnvoll ist.

Man mag mir entgegenhalten, diese Kritik erschwere Verhandlungen, die mit einer eventuellen Auflösung der Stelle andernfalls gefördert werden könnten. Nur: Wo sind solche Verhandlungen, wo sind auch nur Zeichen von Einsicht bei der Bundesregierung und der Mehrheit der Länderregierungen? Jetzt, bei dieser parteipolitischen Zusammensetzung der Bundesregierung und der Ländermehrheit besteht eine Chance, die längst überfällige Entscheidung zu treffen. Überfällig ist die Entscheidung auch angesichts der deutschlandpolitischen Praxis der jetzigen Bundesregierung. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sollten deshalb die Chance nutzen und nicht einen Zustand bestehen lassen, der den Keim für unnötige Kontroversen und für eine Erschwerung der praktischen Beziehungen in sich trägt!

(-/20.3.1984/ks/rs)

+ + +



Rückschritt für die Familien

Die Rechtskoalition will das Familiensplitting einführen und das Kindergeld abschaffen

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Steuern beim Parteivorstand der SPD

Das Familiensplitting soll also doch kommen und damit auch die totale Wende im Familienlastenausgleich. Das zwischen Finanzexperten der christlichen Rechtskoalition ausgehandelte Konzept ist nicht etwa nur ein alltäglich fauler Kompromiß zwischen familienpolitischem Anspruch der Unionsparteien und den elitären Entlastungszielen der FDP. Es handelt sich hier um einen qualitativen Sprung, um einen Systemwechsel in der Steuerpolitik und im Familienlastenausgleich. Der zentrale Grundsatz, das dem Staat jedes Kind gleich viel Wert sein sollte, wird vollends abgeräumt. Als die sozialliberale Regierung 1975 diese Grundmaxime gerechter Familienförderung durch gleiches Kindergeld für alle zur Verfassungswirklichkeit machte, hatte die Union sogar als Opposition im Bundestag zugestimmt.

Auch wenn jetzt ein Familiensplitting mit nach Einkommen gestaffelte Divisoren (0,4 bis 0,1 pro Kind) eingeführt wird, kommt es dadurch zu krassen Unterschieden bei den kindbedingten Steuerentlastungen; Spitzenéinkommenbezieher erhalten mindestens 2,6 Mal soviel Steuervorteile für jedes Kind wie eine Familie mit einem kleineren Einkommen, das in der Proportionalzone des Tarifs versteuert wird. Damit übertrifft dieses Konzept noch die Einseitigkeit der Entlastungswirkung zugunsten höherer Einkommensbezieher bei Kinderfreibeträgen, die durch die Wendekoalition erst wieder eingeführt wurden. Deshalb macht es den Koalitionären verteilungspolitisch auch überhaupt keine Mühe, jetzt im Zickzack-Kurs die wiedereingeführten Kinderfreibeträge erneut abzuschaffen und in ein Entlastungsprogramm einzubringen, dessen Etikettierung mit dem Aufkleber "Familiensplitting" den familienfeindlichen Systemwechsel nur semantisch verdeckt.

Darüber hinaus sollen die 16 Milliarden DM, die bisher noch für Kindergeld bezahlt wurden, jetzt als Finanzierungsmasse in eine Gesamtoperation von insgesamt 40 Milliarden DM eingebracht werden.

Die Einführung eines Erstattungsanspruchs für Familien mit Kindern, die keine Steuern bezahlen, etwa in Form von Steuergutscheinen wird dabei große verwaltungs-



technische Probleme aufwerfen. Weit problematischer ist jedoch die neue steuerliche Lösung für die Kinderbetreuungskosten von Alleinerziehern. Die Einführung eines Freibetrags für Alleinerzieher von 6.000 DM pro Jahr entspricht nicht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach wegen der Problematik von Alleinerziehern die Proportionalzone des Tarifs verschoben werden müßte. Dafür ist aber kein Geld mehr da, weil die Erhöhung des Grundfreibetrags auf 6.000 DM und die Abflachung der Progression schon cirka 20 Milliarden DM kosten werden.

Ein offener Konflikt ergibt sich zudem durch den Kontrast zum Finanzierungskonzept des Bundesfinanzministers. Stoltenberg hat immer wieder betont, daß er eine ausgleichende Steuererhöhung bei Mehrwertsteuer oder Mineralölsteuer zumindest zu Teilen für unabdingbar hält. Die SPD stellt dagegen fest, daß die automatische Steigerung der bereinigten Steuerquote (Steuern abzüglich Kindergeld in Prozent des Sozialprodukts ausgedrückt) 1987 - also dem vorgesehenen Entlastungsjahr nach den Koalitionsplänen - verglichen mit 1982 zu einer zusätzlichen Steuerbelastung von 20 Milliarden DM führt. Wenn aber bei großangelegten Steuerreformen deshalb auf eine Deckung durch Mehrwertsteuererhöhung verzichtet wird, kann man nicht einfach die Fernwirkungen auf den den Bund-Länder-Finanzausgleich ignorieren.

Jede Entlastung über die Einkommensteuer belastet den Bundeshaushalt nur mit 42,5 Prozent, den Rest - das heißt 57,5 Prozent der Entlastungsmasse - müssen die Länder und Kommunen verkraften. Unabhängig von der Kritik am krass ungerechten Familiensplitting gilt für jeden realistischen und verantwortungsvollen Vorschlag zur Einkommensteuerreform, daß die Balance im Bund-Länder-Finanzausgleich berücksichtigt werden muß. Angesichts der großen Haushaltsschwierigkeiten einzelner Bundesländer und der desolaten Finanzsituation vieler Kommunen ist die Konzeptionslosigkeit der Koalitionsfraktionen in dieser Frage unverantwortlich. Daher wird das familienpolitisch ungerechte Familiensplitting unabhängig von Parteicoleur bei Ländern und Gemeinden zu Recht auf eine breite Front massiver Proteste stoßen.

(-/20.3.1984/ks/rs)

+ + +



Warum wir noch ein Schulbau-Institut brauchen

Albrechts Obstruktion schadet der Sache und obendrein Berlin

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Seit 1962 gibt es in Berlin eine gemeinsame Einrichtung der Bundesländer zur Verbesserung des Schulbaus: Das Schulbau-Institut der Länder. Wenn es nach Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht ginge, würde der Laden möglichst bald dicht gemacht. Mit der Begründung, der Schulbau sei in Niedersachsen "weitgehend abgeschlossen", hat Albrecht zum Ende dieses Jahres dem Institut die Freundschaft gekündigt. Die jährlich aus Hannover zugeschossenen 230.000 Mark sollen eingespart werden. Für das Institut wäre die Summe vielleicht noch zu verkraften. Aber die Kündigung entzieht ihm die politische Existenzgrundlage: Als gemeinsame Einrichtung der Kultusministerkonferenz kann es eigentlich nur weiterbestehen, wenn wirklich alle Länder mitmachen.

Nun gibt es eine Reihe guter Gründe dafür, das Institut am Leben zu erhalten, fachliche und politische. Mit dem Ende des Schulbau-Booms der 60er und 70er Jahre hat ja das Bauen nicht aufgehört und bei knappen Kassen ist vernünftiges Planen eher noch wichtiger geworden. Und eine Einrichtung der Länder mit Sitz in Berlin zu schließen, ist nicht nur ein Akt der Rationalisierung, sondern gleichzeitig ein ziemlich rücksichtsloser Tiefschlag gegen die geteilte Stadt.

Die Planer im Berliner Institut haben ein gutes Gewissen. Die Aufgabenstellung ist gerade in den 70er Jahren den neuen Fragestellungen angepaßt worden. Dazu gehören neben - trotz Albrecht - noch immer vorhandenen Neuplanungen die Modernisierung von Schulgebäuden, die Prüfung von und die Einflußnahme auf Normen und Richtlinien, die Energiesparmaßnahmen, die Gestaltung der Schule als Lebensraum.

Noch im Januar 1983 wurde das Schulbau-Institut sogar mit Unterstützung des niedersächsischen Kultusministers mit der langfristigen Aufgabe betraut, die



Interessen der Kultusministerkonferenz gegenüber dem Deutschen Institut für Normung (DIN) zu vertreten. Eine vernünftige Umsetzung von DIN-Normen in die Schulbaupraxis kann den Ländern Millionen an Einsparungen bringen. Und Beispiele dafür gibt es aus der Arbeit des Instituts viele. An schulspezifische Bau- forschung mag allerdings Niedersachsens Kultusminister Oschatz nicht glauben. Vor dem Landtag in Hannover machte er seine Erkenntnis kund, daß sich bei- spielsweise bei der Energiesparprüfung "eine Schule überhaupt nicht von einem Schlachthof unterscheidet".

Bei solchem Horizont war auch mit den Besonderheiten des Standorts kein Eindruck zu machen. Daß Berlin nach den Sonntagsreden aller Unionspolitiker kulturelles und geistiges Zentrum sein oder werden soll, kümmert im Alltag wenig. Daß ein solches Institut gerade in Berlin die Chance bietet, auch nach Osteuropa Kontakt zu halten und mit internationalen Verbindungen ein Mosaiksteinchen zur Bedeutung der Stadt beizutragen, verfängt in Hannover nicht. Auch die Interventionen Richard von Weizsäckers und der Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien beim Parteifreund Albrecht blieben erfolglos.

Das Schulbau-Institut ist eine Einrichtung der Länder. Der Bund ist nicht direkt am Zuge. Aber er sollte die Entwicklung auch nicht einfach laufen lassen. Die Schließung des Instituts wäre ein Stück Demontage Berlins und etwas weniger Ge- meinsamkeit im föderalistischen Bildungswesen. Es müßte doch möglich sein, daß die Bundesregierung ihren Standpunkt deutlich macht und notfalls dem Institut selbst unter die Arme greift. Oder reicht der Einfluß von Helmut Kohl nicht aus, um den Parteifreund in Hannover zur Raison zu bringen? (-/20.3.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Aus Anlaß der für den 4. November 1984 vorgesehenen Wahlen in Nicaragua haben prominente Persönlichkeiten europäischer sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien folgende Erklärung unterzeichnet.

Den demokratischen Prozeß in Nicaragua unterstützen

"Am 21. Februar hat die politische Führung Nicaraguas ihren festen Willen feierlich erklärt, in diesem Jahr freie und allgemeine Wahlen durchzuführen.

Wir begrüßen diese Entscheidung als einen wichtigen Schritt bei der Verwirklichung eines der Grundprinzipien der nicaraguensischen Revolution: des politischen Pluralismus.

Wir sind uns der schwierigen Umstände bewußt, denen sich das Land gegenüber sieht.

Wir bitten alle Kräfte innerhalb und außerhalb des Landes, alles zu unterlassen, was den Wahlprozeß und die Wahlen selbst behindern könnte.

Wir betrachten es im Gegenteil als Pflicht aller Demokraten, diesen Prozeß uneingeschränkt zu fördern und zu unterstützen, damit das Land die Chance einer demokratischen Zukunft erhält."

Diese Erklärung wurde von folgenden Persönlichkeiten unterzeichnet:

Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Gro Harlem Brundtland, Vorsitzende der Norwegischen Arbeiterpartei.

Piet Dankert, Präsident des Europäischen Parlaments.

Felipe Gonzalez, Premierminister, Generalsekretär der PSOE, Spanien.

Helmut Hubacher, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Anker Joergensen, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, Dänemarks.

Neil Kinnock, Parteiführer der Labour Party, Großbritannien.

Bruno Kreisky, Altbundeskanzler, Österreich.

Robert Krieps, Vorsitzender der POSL, Luxembourg.

Karel van Miert, Vorsitzender der Flämischen Sozialistischen Partei, Belgien.

Olof Palme, Premierminister, Vorsitzender der Schwedischen Arbeiterpartei.

Fred Sinowatz, Bundeskanzler, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs.

Kalevi Sorsa, Premierminister, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Finnlands.

Guy Spitaels, Vorsitzender der Wallonischen Sozialistischen Partei, Belgien.

Joop den Uyl, Parteiführer der Partij van de Arbeid, Niederlande.

(-/20.3.1984/ks/rs)

+ + +

